

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Preis pro Quartal monatlich 2,- RM. Bei Abnahme von 6 Monaten 10,- RM. Bei Abnahme von 1 Jahr 18,- RM. Die Postgebühren sind in den Preisen inbegriffen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff 206



Anzeigenpreise laut anliegender Preistabelle Nr. 5. — Riffe-Gehebe: 20 Riffe. — Druckarbeiten: 10 Riffe. — Druckarbeiten: 10 Riffe. — Druckarbeiten: 10 Riffe.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 225 — 94. Jahrgang Drahtausdruck: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 26. September 1935

Bemerkungen am Rande.

Reichserziehungsminister Nutt hat kürzlich eindeutig und eindringlich die Grundzüge umrissen, nach denen im nationalsozialistischen Deutschland die Verleihung des Dokortitels zu erfolgen hat. — Es ist im vergangenen System immer wieder die Klage von einem allgemeinen Absinken des wissenschaftlichen Niveaus ausgesprochen. Diese Klagen konnten nur auftreten, weil das ganze Zeitalter, genau so wie das politische System, das es beherrschte, gerade auf wissenschaftlichem Gebiet den Grundgedanken der persönlichen hervorragenden Leistung vernachlässigt hatte. Es war eine Unmöglichkeit, daß sich Hochschulen dazu herabgewürdigt hätten, den Dokortitel — und sei es auch nur als persönliche Ehre — nach dem Gesichtspunkt der politischen Zweckmäßigkeit zu verteilen. — Diese „Gesinnung“, die in solchen „Ehrungen“ ihren Ausdruck fand, hat sich nicht nur in diesen besonders traffen Einzelsfällen, die uns allen nur zu gut noch in Erinnerung sind, sondern allgemein ausgedehnt. Es ist erfreulich, mit welcher Deutlichkeit der Erlaß des Reichserziehungsministers diesen Zustand kennzeichnet und ihm den nationalsozialistischen Grundgedanken der Leistung entgegenzusetzen, für die auf wissenschaftlichem Gebiet der Dokortitel nur eine Anerkennung darstellt.

In Frankreich beschäftigt man sich mit einem eigenartigen Spionagefall. Zwei Kommunisten sind in Straßburg verhaftet worden, und die bei ihnen gefundenen Schriftstücke behandeln fast ausschließlich Fragen der Landesverteidigung. Ein Teil der französischen Presse vermutet dahinter eine ganze Organisation, die derartige „interessante Material“ ins Ausland bringt. Dieser Einzelfall ist bezeichnend für die Verhältnisse nicht nur in Frankreich, sondern in der ganzen Welt. Von deutscher Seite ist immer wieder auf den Umfang der kommunistischen Zerkleinerungsarbeit hingewiesen worden. Der Reichsparteitag in Nürnberg hat sich eingehend mit diesem Problem auseinandergesetzt. In der übrigen Welt hat man immer wieder die deutsche Warnung leicht in den Wind geschlagen oder für übertrieben erklärt. — Es kennzeichnet die Struppellosigkeit des Kommunismus bei seiner Zerkleinerungsarbeit, daß wiederum Frankreich, der Bundesgenosse der Sowjetunion, das erste Objekt der illegalen Tätigkeit der Komintern ist. Die Fronte wird noch dadurch erhöht, daß im gleichen Zuge, da aus Paris die Meldung von der Spionageaffäre kommt, aus Moskau die äußere Rangangabe der Sowjetarmee an das französische Heer gemeldet wird. Die Sowjets interessieren sich nicht für so äußerliche Dinge wie die französische Offiziersrangordnung, sondern ihr Interesse geht — wie das Straßburger Beispiel zeigt — bis zu den geheimsten Fragen der Landesverteidigung. Frankreich bekommt die Rehrseite des sowjetrussischen Interesses und der kommunistischen Freundschaft deutlich zu führen. Es ist seit dem Kominternkongreß nicht die erste „Lehre“, die man ihm von Moskau aus erteilt hat.

Die Schweiz hat ihre besonderen Sorgen. Sie ist schon immer die Zufluchtsstätte der politischen Flüchtlinge gewesen, deren Wesen nicht ganz sauber und deren Gesinnung recht zweifelhaft ist. Ein großer Teil dieser, die im Deutschland Adolf Hitlers nichts zu suchen haben oder die ihre Geschäfte im neuen Reich nicht mehr als mühsam anzusehen, hat in den Schweizer Bergen seine Zelte aufgeschlagen. Die meisten von denen sind solche, die nirgend eine Heimat haben. Sie wechseln die Heimat wie ein altes Hemd. Die Schweiz ist über diese Gäste, meist jüdischer Rasse, nicht erbaut. Das können wir uns wohl vorstellen. Sie bringen dem Lande auch sicher keinen Segen, denn wo sie sind, da knirscht es im Gebälge. Ihre Tätigkeit ist Hege, sie säen Unfrieden, ihr Leben zerstört Moral und gute Sitte. Sie werden sehr bald lästig, aber das stört sie nicht. Ihr Auftreten ist deswegen nicht minder anbringlich. Zu diesen Emigranten kommen jetzt noch Deserteure, von denen Italien den Hauptanteil stellt. Diese ganzen Fremdlinge werden jetzt für die Schweiz ein Problem. Denn das Land bedankt sich für diese Schmarotzer. Jetzt wird sich der schweizerische Nationalrat damit beschäftigen. Vielleicht wird man auch an den Völkerbund die Sorgen herantragen. Auf jeden Fall können wir die Sorgen der Schweiz verstehen. Wir kennen das Gefindel und können es gern missen!

Der deutsche Bauer beteiligt sich am 6. Oktober am Erntedanktag auf dem Bückeberg bei Hameln.

Das deutsche Bauerntum ist der Lebensquell des deutschen Volkes. Das ist sein Stolz, dem er auf dem Erntedanktag 1935 Ausdruck verleihen wird.

Der litauische Außenminister verwarnt

In Genf zu Laval und Eden zitiert.

Eine Unterredung, die der französische Außenminister Laval und der englische Minister Eden am Mittwoch in Genf hatten, bezog sich auf die Memelfrage. Der litauische Außenminister Lorzaitis wurde während einiger Zeit hinzugezogen. Es wurden ihm, wie verlautet, Vorhaltungen wegen gewisser, neuerdings bekanntgewordener litauischer Maßnahmen im Memelgebiet gemacht. Lorzaitis soll das Versprechen abgegeben haben, daß Litauen die Rechte der deutschen Wählerschaft bei den am Sonntag im Memelgebiet stattfindenden Wahlen unbedingt respektieren werde. In Völkerverträgen wird dies als Antwort auf die Nürnberger Reichstagsrede des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler angesehen. Man erwartet, daß die Garantemächte in diesen Tagen der Reichsregierung eine entsprechende Mitteilung machen werden.

Memel, das Gefahrenzentrum für Europa

Englische Anprangerung der litauischen Wahlabsichtungen. — Appell an die Signatarmächte.

Die englische Presse betrachtet, wie aus London gemeldet wird, mit Besorgnis die Entwicklung im Memelgebiet, das allgemein als neues Gefahrenzentrum für Europa angesehen wird. Während ein Teil der Blätter den litauischen Darstellungen Glauben schenkt, daß die Wahlen völlig ordnungsgemäß verlaufen würden, weist „Daily Mail“ darauf hin, daß die Litauer versuchen würden, den neugebildeten Landtag sofort beschlußunfähig zu machen und nach seiner Eröffnung nicht wieder einzuberufen. Zu diesem Zweck hoffe man in litauischen Kreisen, durch die bisherigen Wahlabsichtungen und Einbürgerungen die deutsche Mehrheit des Landtages soweit herabzusetzen, daß die Litauer durch Fernbleiben die Landtagsverhandlung zunichte machen könnten.

Das würde also eine Wiederholung der Methoden sein, mit denen man den letzten Landtag ausgeschaltet hatte, nachdem mehrere deutsche Abgeordnete als „Landesfeinde“ und ihrer Mandate verlustig erklärt worden seien. Das Blatt weist dann weiter darauf hin, welche Maßnahmen die Litauer bisher zur Verfälschung des Wahlergebnisses getroffen hätten, und meint, die Signatarmächte würden verpflichtet sein, einzugreifen, wenn tatsächlich der Versuch gemacht würde, den Landtag in dieser Weise auszuschalten. Zum Schluß erklärt der Berichtstatter: „Wie lange wird Litauen es wagen dürfen, diese Politik der Unterdrückung Deutschlands gegenüber weiter fortzuführen!“

Gewissenlose litauische Wahlpropaganda.

Für die Gewissenlosigkeit, mit der die litauischen Behörden sich an der Wahlpropaganda im Memelgebiet beteiligen, ist bezeichnend, daß die litauische Post unter Streifband versandte Exemplare des „Memeler Dampfboot“ einfach gegen den „Memeler Beobachter“, das in deutscher Sprache erscheinende Reptilienblatt der Litauer, austauscht. Bezüge des „Dampfboot“ erhalten unter dem Streifband der Firma Siebert, die das „Dampfboot“ herausgibt, an Stelle der „Dampfboot“-Exemplare solche des „Memeler Beobachters“ vom gleichen Datum.

Die Erschwerung der Wahlpropaganda für die Memelländischen Einheitsliste wird dadurch wiederum in besonders krasser Weise beleuchtet. Allerdings haben die Wahlversammlungen in Litauen gezeigt, daß die Memelländer sich durch solche litauischen Machenschaften in ihrer Gesinnung nicht im geringsten beeinflussen lassen. Deshalb ist auch der litauische Wahlaußschuß in einer Sitzung zusammengetreten, um sich über die Verfälschung des Wahlergebnisses schon jetzt schlüssig zu werden.

Wahlversammlungen ohne Zuhörer.

Am Mittwoch fand in dem Kirchdorf Pödlus eine litauische Wahlversammlung statt, in der der ehemalige Präsident Reissigs und der ehemalige Landesdirektor Spillius auftraten. Ebenso wie bei einer litauischen Wahlversammlung in Pödlus verließen mehrere hundert Bauern den Saal. Nur zehn blieben im Versammlungsraum zurück. Dabei verhaftete die litauische Polizei mehrere Personen, u. a. auch den ehemaligen Fraktionführer der Landwirtschaftspartei, Ailus. Es entstand ein allgemeiner Tumult. Schließlich wurde litauische Grenzpolizei aus Memel zu Hilfe herangezogen.

MacDonalds Zeitschrift brandmarkt Litauen.

„News Letter“, die Zeitschrift MacDonalds und der regierungstreuen Arbeiterpartei, nimmt zur Memelfrage Stellung. Die Zeitschrift schreibt, es gebe keine Entschuldigung für den Versuch, das Memelgebiet mit Litauern zu überschwemmen, die eigens zur Teilnahme an den Wahlen eingeführt würden.

Die in der Vergangenheit veranfaßten Abstimmungen hätten gezeigt, daß die Deutschen über 20 von den 29 Sitzen des Landtages gewinnen könnten. Angesichts dieser Tatsache werde Deutschland kein Wahlergebnis annehmen, das eine litauische Mehrheit aufweise. Aus der Sprache Hitlers in Nürnberg gebe klar hervor, daß Deutschland nicht vergessen habe, auf welche Art und Weise Memel litauisch geworden sei.

Die Schlüsselstellung Englands im Abessinienstreit.

Laval und Eden beantragen Anwendung des Art. 15 der Völkerbundsatzung.

Die englische Öffentlichkeit beschäftigt sich nach wie vor mit der letzten Sitzung des englischen Kabinetts. Die Lage wird in England so angesehen, daß der Kriegsausbruch auf Abessinien beschränkt werden könne und keine weiteren Folgen im Mittelmeer haben werde. Das schließt man aus den Ausführungen, die der englische Außenminister Hoare in der Kabinettsitzung gemacht hat und in denen er seinen Schritt bei Mussolini begründet hat. In England mutmaßt man weiter über die Note, die die britische Regierung an Frankreich richten wird. Man nimmt an, daß in dieser Note England Frankreich gegenüber versichern wird, daß Großbritannien unter allen Umständen seinen Völkerbundsverpflichtungen nachkommen werde. Die Note wird nach der „Morningpost“ Sonderfragen, wie z. B. die mitteleuropäische Entwicklung, nicht berühren. Einige englische Blätter meinen, daß England sich auf eine neue Konferenz von Stresa nicht einlassen werde.

Im übrigen sind die englischen Blätter der Ansicht, daß der Krieg in Ostafrika nicht mehr aufzuhalten sei.

Sollten die ersten Schüsse in Ostafrika gefallen sein, so ist man in London der Ansicht, daß Sühnemaßnahmen sich nur auf solche wirtschaftlicher Art beschränken könnten. Wie einige englische Blätter melden, hat die Vereinigung der englischen Schuh- und Stiefelmacher beschlossen, in den Streit zu treten, falls sie gezwungenerweise Schuhe für die italienische Armee herstellen müßten.

In vorderster Linie interessiert die französische Öffentlichkeit die Haltung Englands. Man erwartet mit Spannung die englische Note auf die französischen Anfragen, die kürzlich nach London gerichtet worden sind. Doch ist die französische Öffentlichkeit pessimistisch, weil man glaubt, daß die englische Regierung irgendwelche Bindungen in Mitteleuropa ablehnen wird. Zuverlässiger ist die französische Öffentlichkeit nur dadurch geworden, daß man in Genf, wo man seit Tagen nur auf der Stelle tritt, einen neuen Ausweg darin zu erblicken glaubt, daß

ein neuer Ausschuß gebildet werden soll, der auf der Grundlage des Artikels 15 der Völkerbundsatzung (Empfehlungen) arbeiten soll und dessen Bericht dann zur einstimmigen Annahme dem Völkerbundsrat unterbreitet werden müßte.

Wie aus Genf gemeldet wird, sind Eden und Laval übereingekommen, den Völkerbundsrat gemeinsam aufzufordern,

den italienisch-abessinischen Konflikt im Sinne von Artikel 15 Absatz 4 der Völkerbundsatzung zu behandeln.